

## Das wird aber nie sein!

Jürgen Todenhöfer, 70, früherer Weggefährte von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, kündigt eine PR-Aktion der besonderen Art an. Mit seinem neuen Buch „Teile dein Glück und du veränderst die Welt“ will der Autor gegen Vorurteile über den Islam ankämpfen. „Wenn mein Buch das von Thilo Sarrazin überrundet“, so Todenhöfer, „fahre ich drei Tage lang durch Neukölln und Kreuzberg und verteile kostenlos Eis und Limo an alle Kinder, egal welcher Religion.“ Der Ex-Politiker, der als stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Burda-Verlags zu Wohlstand gekommen ist, gründete die Stiftung „Sternenstaub“.

## „Ihr gehört ausgerottet!“

Eine Entgleisung auf Niveau der untersten Schublade leistete sich im zurückliegenden Wahlkampf ein Führungskader der SPÖ-nahen JG (Junge Generation) in St. Pölten: „Wir kriegen euch schon...“, „Ihr seid lauter Nazis“, „Ihr gehört ausgerottet...“ oder „Stalin hat schon recht gehabt, daß er mit euch Nazis abgefahren ist, der war ein ordentlicher Sozialist...“ - auf diese Art mußte sich FPÖ-Bundesrat Christian Hafenecker beschimpfen lassen! Er zeigte den JG-Hassprediger bei der Staatsanwalt an!

„Diese Aussagen richten sich von selbst, sie sind menschenverachtend, gefährlich und inakzeptabel“, ärgert sich Hafenecker, „es ist eine Schande, daß diese Person überhaupt in führender Funktion in einer Partei tätig sein darf. Es spiegelt den ideologischen Geisteszustand wider und zeigt deren Gefährlichkeit auf.“

*So geht es uns seit Jahrzehnten, Herr Bundesrat.*

Wer grade seine Furche pflügt,  
den Freund und Kumpel nicht betrügt.  
Wer keinem Lump die Stiefel putzt  
und nicht das eig'ne Nest beschmutzt.

Wer gleich wie auch der Würfel fällt,  
dem Vaterland die Treue hält,  
tut auch im Neuen Jahre  
das WAHRE!

*Georg Slufterman von Langteweyde*

*Allen unseren Lesern und Freunden  
wünscht der WIENER BEOBACHTER  
ein frohes Fest und ein gutes 2014.  
Wie sie wissen, sind wir nur und  
ausschließlich von den Spenden  
unserer Leser abhängig – daher  
unsere Bitte: Helfen und unter-  
stützen Sie uns auch im neuen Jahr!*

## Türkisch vor Deutsch

Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan, der schon 2008 durch eine Rede in Köln für Streit gesorgt hatte, erklärte auf einer Großkundgebung in Düsseldorf vor rund 14.000 Anhängern: „Islamphobie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, genauso wie Rassismus.“ Er sagte weiterhin: „Unsere Kinder hier müssen gut Deutsch lernen, aber sie müssen erst gut Türkisch sprechen.“ Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir gab ihm recht und fügte hinzu: „Kein Staat, kein Politiker hat den Bürgerinnen und Bürgern vorzuschreiben, welche Sprache sie mit ihren Kindern sprechen.“

## Wußten sie daß

...kein Land die Entschlüsse des Sicherheitsrats, der über Sanktionen und Militäreinsätze gegen andere Staaten entscheidet, öfter blockiert hat, als die USA?

...die USA sämtliche Klimaabkommen boykottiert oder sabotiert haben?

...die USA jeden Amerikaner, der vor dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eines Kriegsverbrechens angeklagt ist, mit Waffengewalt befreien dürfen?

...die USA mehr als 760 offizielle Militärstützpunkte in ca. 150 Ländern unterhalten?

## Meinungsfreiheit

**Jürgen Trittins** Meinung zur Aussage des CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, welche der CDU-Mann in Zusammenhang mit der Zuwanderungsdebatte in der Zeitschrift FOCUS äußerte: *„Das ist die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet.“*

## Ein Jahr König-Abdullah-Zentrum

### *Heuchelei und pro-religiöser Einsatz im Namen der Republik.*

Während das in Wien ansässige „König-Abdullah-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ (KAICIID) das erste Jahr seines Bestehens mit einer aufwendigen Tagung zum „Bild des Anderen“ feiert, zieht die „Initiative Religion ist Privatsache“ eine ernüchternde Bilanz über die bisherige Aktivität des KAICIID und insbesondere über die Beteiligung der Republik Österreich an dieser vom saudischen Königshaus finanzierten und kontrollierten Organisation.

Befürchtungen, wonach das KAICIID zur Verbreitung islamistischen Gedankenguts in Europa dienen wird, bewahrheiteten sich zwar vorerst nicht, die ausschließlich pro-religiöse Aktivität des Zentrums stellt hingegen eine politische und weltanschauliche Agenda dar, die von einer säkularen Republik wie Österreich nicht mitgetragen werden durfte.

„Dass Österreich über die vorgeschobene Konstruktion einer internationalen Organisation ausschließlich den ‚interreligiösen Dialog‘ fördert und dabei säkulare Bestrebungen für mehr Demokratie und Freiheiten indirekt bekämpft, ist skandalös“ meint Initiative-Sprecher Eytan Reif mit Hinweis auf die katastrophale Menschenrechtslage ausgerechnet beim wichtigsten Vertragspartner, Saudi-Arabien.

Dass die österreichische Politik, vom Bundespräsidenten abwärts, das Zentrum, das den Namen des saudischen Königs trägt, mit ungedecktem Lob überschüttet jedoch niemand den Mut aufbringt, die Freilassung von inhaftierten Religionskritikern oder die Beendigung der religiös motivierten Frauendegradierung zu verlangen, ist ein Armutszeugnis für die gesamte Republik.

Anlässlich der 1-Jahresfeier des KAICIID gibt die „Initiative Religion ist Privatsache“ bekannt, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien in Zusammenhang mit dem Erwerb des Wiener Palais Sturany, dem Sitz des KAICIID, unmittelbar vor den österreichischen Nationalratswahlen im September 2013 und ohne jegliche sachliche Begründung eingestellt wurden.

Die umfangreiche Anzeige, die, je nach Schätzung, einen Schaden von 600.000 - 1 Million Euro für die Republik belegt, wurde auch dem Österreichischen Rechnungshof vorgelegt.

Von einem Rechnungshof-Bericht zum KAICIID wurde bislang nichts bekannt.

---

---

## Wasserprivatisierung in Großbritannien

Wer sich ein Bild von falscher Privatisierung machen will, der sollte sich die Erfahrungen Großbritanniens zu Gemüte führen. Dort wurde Ende der 80er-Jahre die Wasserversorgung radikal privatisiert. In der Folge stiegen die Wasserpreise inflationsbereinigt binnen zehn Jahren um 46 % an. Die Gewinne der Versorger stiegen im gleichen Zeitraum um 142 %. Einige Unternehmen zahlten ein Viertel der Einnahmen direkt als Dividende an die Aktionäre aus. Gespart wurde allerdings an den Investitionen ins Versorgungsnetz. Nach zehn Jahren privater Bewirtschaftung hatten einige britische Städte ein maroderes Netz als die meisten Drittstaaten – in London war das Netz derart heruntergewirtschaftet, daß die Leitungsverluste sich auf 40 % summierten, was neben immensen Schäden durch das auslaufende Wasser dazu führte, daß ganze Teile Londons nicht mehr mit dem nötigen Wasserdruck versorgt werden konnten. Die Regierung erließ daraufhin neue Gesetze, die den Raubbau am „blauen Gold“ erschwerten und Investitionen in das Netz gesetzlich vorschrieben. Die Privaten verließen daraufhin größtenteils das Spielfeld und die milliardenschweren Investitionen mußten erneut vom Steuerzahler getätigt werden.

---

---

## Von wegen Menschenrechte

Noch gibt's Träumer, die sich vom EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE in Straßburg Recht erwarten und ein Eintreten für Menschenrechte, freie Meinungsäußerung und gegen Gesinnungsterror. Bitte erwachen!

Im Folgenden der Antwortbrief an einen Rechtsanwalt, der eine - begündete - Beschwerde einbrachte: Soweit die Beschwerdepunkte in seine Zuständigkeit fallen, ist der Gerichtshof aufgrund aller zur Verfügung stehenden Unterlagen zu der Auffassung gelangt, daß die in Artikel 34 und 35 der Konvention niedergelegten Voraussetzungen nicht erfüllt waren.

Diese Entscheidung ist endgültig und unterliegt keiner Berufung an den Gerichtshof sowie an die Große Kammer oder eine andere Stelle. Sie werden daher Verständnis dafür haben, daß die Kanzlei Ihnen keine weiteren Auskünfte über die Beschlußfassung des Einzelrichters geben und auch keinen weiteren Schriftverkehr mit Ihnen in dieser Angelegenheit führen kann. Sie werden in dieser Beschwerdesache keine weiteren Zuschriften erhalten, und die Beschwerdeakte wird ein Jahr nach Datum dieser Entscheidung vernichtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

A. Müller-Elschner  
Rechtsreferent

## **Kadavergehorsam**

Minister Dirk Niebel ist in der Politik nicht für seine Sanftmut bekannt. Doch wenn es um Kritik an Israel ging, hielt sich der Liberale, der als junger Mann ein Jahr lang im Kibbuz gelebt hat, stets zurück. Als Zeichen seiner Verbundenheit übernahm Niebel 2000 das Amt des Vizepräsidenten der Deutsch-israelischen Gesellschaft. Im Juni wollte er als Entwicklungshilfeminister in den Gaza-Streifen fahren, um ein Klärwerk auf Palästinensergebiet zu besichtigen, das die Bundesrepublik finanziert. Als ihm die Israelis den Zutritt verweigerten, bezeichnete Niebel die Entscheidung als „großen außenpolitischen Fehler“. In seinem Ärger fügte er an, es sei „fünf vor zwölf“ für Israel.

Seitdem gibt es unter den Israel-Unterstützern einen Richtungsstreit, der mit Vorwürfen und Beschimpfungen ausgetragen wird. Es geht um Macht, Posten und die Frage, wie viel Kritik an der Politik Israels unter Freunden erlaubt ist.

Seit der Gründung der DIG 1966 gehört es für die deutsche Politik zum guten Ton, die Institution zu unterstützen. Zu den Mitgliedern zählen Rudolf Scharping, Joschka Fischer und Norbert Blüm, Vorsitzender ist der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe. Die Bundesregierung hilft finanziell, die Kontakte zur israelischen Botschaft sind eng. Alle Bundestagsfraktionen außer der Linken stellen einen Vizepräsidenten.

Doch derzeit präsentiert sich die Gesellschaft alles andere als freundschaftlich. Der Streit brach aus, nachdem die israelische Armee im vergangenen Mai ein türkisches Schiff mit Hilfsgütern für die Palästinenser geentert hatte.

CDU-Bundestagsabgeordneter Feilcke ist Vorsitzender der DIG-Gruppe von Berlin und Potsdam und sagt: „Israel ist ein Pfahl im Fleische einer undemokratischen Welt. Es braucht unsere volle Unterstützung.“

Feilcke gefällt es nicht, wenn Dirk Niebel Israel kritisiert. Und noch wütender hat ihn die Resolution des Bundestags gemacht, der auch die DIG-Vizepräsidenten zustimmten. „Ich dachte, bei denen stimmt was nicht“, sagt er.

Auf der Hauptversammlung im Herbst haben Feilcke und seine Leute den Rauswurf der Parlamentarier aus dem Präsidium verlangt. Als er scheiterte, trat Feilcke aus dem Präsidium zurück. „Leute wie Feilcke sind nicht mehr in Amt und Würden, und das ist auch gut so“, kontert Dirk Niebel.

Dirk Niebel hat mittlerweile persönliche Konsequenzen gezogen. „Freundschaft zu Israel heißt nicht Kadavergehorsam“, sagt der Minister. „Man kann Israel sagen, wenn es Fehler macht, zunächst intern, aber wenn das nicht wirkt, auch öffentlich.“

Auf eine neue Kandidatur als DIG-Vizepräsident hat Niebel bei der letzten Hauptversammlung verzichtet. „Aber die Kritik hat mir den Abschied leichter gemacht.“

---

---

## ***Britischer Premier gegen Multi-Kulti***

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte der britische Premierminister David Cameron: „Der Multi-Kulti-Ansatz ist eine der Ursachen für das Problem des Landes mit radikalen Islamisten. Unter der Doktrin des Multikulturalismus wurden verschiedene Kulturen dazu ermutigt, unabhängig voneinander und von der Mehrheitsgesellschaft abgetrennte Leben zu führen. Die Behörden müssen stärker gegen Organisationen, die islamischen Extremismus fördern, vorgehen. Der Terrorismus ist nicht zu besiegen, wenn Europa nur außerhalb seiner Grenzen tätig wird, Europa muß erkennen, was in seinen eigenen Ländern passiert.“

---

---

## **Alle EU-Ausländer werden Hartz IV bekommen**

***Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, daß alle EU-Ausländer in Deutschland Anspruch auf Hartz IV haben werden. Allerdings handelt es sich dabei nur um die Fälle, wo Ausländer explizit zur Arbeitssuche nach Deutschland kommen.***

Bis jetzt hatten die Unionsbürger aus Bulgarien und Rumänien keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV). Nun wird der Grundsatz alle EU-Bürger betreffen, so hat der 6. Senat des Landessozialgerichtes Nordrhein-Westfalen entschieden (Urteil vom 28.11.2013 – L 6 AS 130/13).

Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München sagte der FAZ, dieses Gerichtsurteil werde weitreichende Folgen haben. ***„Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich die neuen Regeln herumsprechen würden. Die Zahlen werden zunehmen; wir sind am Beginn einer neuen Migrationswelle.“***

---

---

## **ZITAT**

Natürlich, das einfache Volk will keinen Krieg [?] Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt. [?] Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.

*Hermann Göring, NSDAP*

# Nazi-Alarm auf Indonesien

Indonesien ist weit weg und hat viele Probleme: das Aussterben des Tigers auf Sumatra, die Rodung der letzten Urwälder Borneos, Terroranschläge durch radikale Islamisten, unbezahlbar werdende Grundnahrungsmittel, ständig drohende Tsunami-Gefahr und Nazis. Nazis? Nazis! Das zumindest meint die Ethnologin Evamaria Müller, Doktorandin an der Uni Freiburg. Eine deutsche Akademikerin sucht ein Thema das sich gut verkauft.

Das hat Evamaria Müller geschafft: Unseren täglichen Nazi gib uns heute - auf Indonesien.

Müller untersucht seit mehreren Jahren „die zunehmende Popularität von NS-Thematik und -Symbolik“. Bei gestrandeten, asozialen Randgruppen? Nein, in die städtische Mittelschicht sei der „NS-Trend“ eingedrungen. „Mein Kampf“ ist auf indonesisch erschienen und erfreut sich großer Beliebtheit. Jugendliche tragen als Modeartikel Kleidung, Aufkleber, Abzeichen und Gürtel mit Hitler-Bild, SS-Runen und Hakenkreuzen. „Ebenso geschieht es nicht selten, daß man, sobald man sich als Deutscher zu erkennen gibt, vom Gegenüber ein Lächeln erhält und den Kommentar „Oh ja, Hitler, der war stark, oder!““

Die meisten Jugendlichen wüßten die Symbole mit dem NS-Staat in Verbindung zu bringen. Daraus würden jedoch nicht nur negative Folgerungen gezogen. Fast alle Befragten seien darauf bedacht, gute Eigenschaften Hitlers und seiner Regierungszeit aufzuzählen. Ein Schüler betont, er sehe Hitler als starken Charakter, den er sich selbst zum Vorbild machen könnte. Ein anderer sagt, daß Strenge und Treue gute Eigenschaften Hitlers gewesen seien.

Laut Evamaria Müller ernte Hitler auch Bewunderung für „die politischen Führungsqualitäten“ und für seinen „nationalen Eifer“, die „Stärke“ und der Einflußreichtum Deutschlands zu dieser Zeit sowie das „revolutionäre Auflehnen gegen die Vorherrschaft der USA“. Auch die Lehrer für Deutsch und Geschichte, so Müller, würden gute Seiten der NS-Zeit betonen. Zwar sehen die Lehrer Hitler und sein Wirken negativer als die Schüler. Aber Deutschlands wirtschaftlicher Aufschwung werde z. B. doch positiv genannt. Zudem sei es in Kriegszeiten normal, daß das moralische Verständnis von Gut und Böse durch die Werte Sieg und Niederlage ersetzt werde. Ein Lehrer habe das Dritte Reich sogar ausdrücklich bewundert für die SS und die Wehrmacht. Der Holocaust sei durch ihn relativiert worden, indem er darauf verwies, daß Stalin viel mehr Menschen ermordet habe. Die Lehrer fänden es auch gut, daß die Schüler NS-Symbole als Modeartikel verwenden.

Diese Aussagen wertet Evamaria Müller als „Schockierend“. In guter deutscher Manier und messerscharf kombiniert erkennt Frau Müller auch das Problem dieser laxen Einstellung der Indonesier zur deutschen Geschichte. In Indonesien, „am anderen Ende der Welt“, sei deutsche Geschichte nur eine unter vielen. Das Hakenkreuz sei nicht verboten. Dafür ist in Indonesien das Symbol der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) verboten.

Alles in allem folge der „Umgang mit Geschichte in Indonesien einer eigenen Logik“. Der Büchermarkt und das oben geschilderte Klima bereiteten den Nährboden für Holocaustleugnung und neonazistisches Gedankengut. Aber Frau Müller weiß, wie man Indonesien wieder auf den rechten Weg zurückführen kann: Deutsche Institutionen in Indonesien müßten deutsche Literatur zur NS-Zeit auf indonesisch zur Verfügung stellen „und somit einen Beitrag dazu leisten, Fehlinterpretationen durch eine gute Wissensgrundlage auszuschließen“.

Frau Müller sollte bei ihrer nächsten Indonesienreise nicht mit „modebewußten“ Schülern reden, sondern mit der armen Landbevölkerung. Diese schuftet nämlich zu Hungerlöhnen auf Palmölplantagen für das Bio-Palmöl und kann es sich selbst nicht mehr als wichtigstes Grundnahrungsmittel leisten. Dann lernt Frau Müller die wirklichen Probleme Indonesiens kennen - und dieses haben Deutsche wirklich mitverursacht. Wenn auch nur als Palmölverbraucher.

---

---

## ZITAT

Michael Jürgs, Schriftsteller und Ex-Chefredakteur des „Stern“, im SZ-Magazin: „Wäre Hitler rechtzeitig gestorben - also nach dem Autobahnbau, aber vor dem Krieg -, dann würde er heute auch als Charismatiker gelten. Die Hölle sind laut Sartre immer die anderen. Hunderttausende, die Hitler in Wien feierten, als er sie heimholte ins Reich, hatten die Rechte selbstredend nicht etwa zum Heil-Gruß erhoben, sondern in Wahrheit ‚Moment mal!‘ gerufen und diesen Einspruch händereckend unterstrichen.“

---

---

## ZITAT

Willy Meurer (Deutsch-kanadischer Publizist): „Politiker sind die notorischsten Lügner: Vor den Wahlen lügen sie immer, und nach den Wahlen regieren sie permanent mit Unwahrheiten. Dagegen sind Wähler die notorischsten Idioten: vor den Wahlen glauben sie den Lügner, und nach den Wahlen vertrauen sie permanent der Regierung.“